

An die  
Vertretung der  
Stadt Wyk auf Föhr

Amt Föhr-Amrum

15. NOV. 2017

Eingegangen

14.11.2017

Antrag der SPD-Fraktion zur Stadtvertretung am 23.11.2017

Die Stadtvertretung möge wie folgt beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Satzungsentwurf der Satzung der Stadt Wyk auf Föhr über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, den Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenausbaubeitragssatzung) zu erstellen. Dies hat analog zu der geplanten Änderung des § 76 der Gemeindeordnung, dass eine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Sinne der §§ 8 und 8a des Kommunalabgabengesetzes nicht besteht, zu geschehen. Ein neuer Satzungsentwurf hat spätestens zum Inkrafttreten der Änderung vorzuliegen.

Die Verwaltung wird beauftragt im Zuge der Erstellung eines neuen Satzungsentwurfes zu klären, wie eine zukünftige Finanzierung ( Erhöhung der Grundsteuer B oder Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen unter Berücksichtigung eines geplanten kommunalen Finanzausgleiches) möglich wäre.

Die Verwaltung prüft in Rücksprache mit der Landesregierung, wie im Fall eines zukünftigen Verzichts auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bezüglich der noch nicht erhobenen und abgerechneten Beiträge zugunsten der beitragspflichtigen Einwohner so verfahren werden kann, dass diese Gebühren nicht mehr erhoben werden können.

Begründung:

Die momentan gültige Rechtslage hat, wie einige Fälle in der Vergangenheit gezeigt haben, zu sehr viel Unmut in der Bevölkerung geführt. Auch die momentane Satzung, die nur ein Übergangsmodell sein sollte und jetzt schon seit dem 11.02.2016 besteht, kann zu massiven Ungerechtigkeiten führen.

Durch die geplante Änderung der Gesetzeslage hat man nun die Möglichkeit, eine neue gerechtere Satzung zu erstellen. Dies jetzt schon zu erledigen heißt, für schon geplante Bauvorhaben gerüstet zu sein, zumal noch einige Vorarbeiten zu leisten sind.

Es ist in diesem Zusammenhang eindeutig zu klären, mit welchen Mitteln (wiederkehrende Beiträge, Grundsteuererhöhung, kommunaler Finanzausgleich) eine zukünftige Finanzierung des Straßenbaus zu erfolgen hat.

Mit dem jetzt bestehenden Gesetz werden viele Bürgerinnen und Bürger ungerecht behandelt. Die Art des heutigen Verkehrs und die Entwicklung zu größeren Verkehrsaufkommen kann nicht dem einzelnen Anwohner angelastet werden. Viele ältere Menschen, die heutzutage auch eine Immobilie als Altersvorsorge nutzen, kann man durch hohe Zahlungen in Schwierigkeiten bringen.

Wir wollen die zu erwartende Gesetzesänderung zum Ende des Jahres schnellstmöglichst nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wyk auf Föhr entsprechende Sorgen zu nehmen.

Für die SPD-Fraktion



Peter Schaper

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Wyker Stadtvertretung  
Peter Schaper Strandstrasse 33 25938 Wyk auf Föhr  
Tel. 04681-747812 Fax 04681-747813 peterschaper@freenet.de